

52

# Demokratische Flugblätter

---

---

Nr. 2.

---

---

## Die Aufgaben der demokratischen Vereinigung

Von

Dr. Theodor Barth und Dr. Rudolf Breitscheid



Berlin W 30

Concordia Deutsche Verlagsanstalt  
Hermann Ehbock.

Sozialdemokratische Partei  
Deutschlands  
Partei Vorstand  
Bibliothek

Cd

7553

3

# Wer ist Demokrat?

Die bürgerliche Demokratie tritt ein für die Gleichberechtigung aller Bürger; sie verlangt die Zulassung aller Befähigten zu den Staatsämtern ohne Rücksicht auf Abstammung und Religion. Sie will die Trennung der Kirche vom Staat und Befreiung der Schule von kirchlicher Aufsicht. Sie fordert die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechtes in Preußen, unbeschränkte Selbstverwaltung in den Kommunen, die allgemeine Volksschule und eine sozial-fortschrittliche Kommunalpolitik. Die Demokratie erstrebt die Abschaffung aller Zölle auf notwendige Lebensmittel, Rechtsprechung ohne Ansehen der Person und volle Koalitionsfreiheit für alle Arbeitnehmer. Sie fordert eine wahrhaft konstitutionelle Regierung, weitgehende Einwirkung des Parlaments auf die auswärtige Politik und unbeschränkte Freiheit für Wissenschaft und Kunst. Keinem Bürger, keinem Beamten dürfen aus seiner politischen Betätigung Nachteile erwachsen. Die Demokratie tritt ein für die Rechte der Frauen. Kurzum: Die Demokratie ist die Gerechtigkeit!

Die Demokratie ist die Freiheit!

Wer diesen Anschauungen zustimmt, lese die

zweimal täglich erscheinende

## Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt!

: In Groß-Berlin :  
75 Pfennig monatlich  
: frei ins Haus :

: Außerhalb Berlins :  
80 Pfennig monatlich  
bei allen Postanstalten.

Wir veröffentlichen im folgenden, dem Beschluß des Parteitages gemäß, das Referat von Dr. Barth über „Die Aufgaben der Demokratischen Vereinigung“.

Voraus schicken wir den Abdruck eines Artikels, den Dr. Breitscheid über den ersten Parteitag der Demokratischen Vereinigung in Nr. 17 Jahrgang IV des „Blaubuch“ veröffentlicht hat.

Die am Schluß dieses Heftes abgedruckte Resolution wurde von dem Parteitage einstimmig angenommen.

A27553

Friedrich Ebert-Stiftung  
Bibliothek

R N

W 772

## Der demokratische Parteitag.

Von

Rudolf Breitscheid.

---

Der erste Delegiertentag der Demokratischen Vereinigung hat einen befriedigenden Verlauf genommen. Nicht etwa als ob seine Teilnehmer in allen, auch den minder wichtigen Fragen eines Sinnes gewesen seien. Es gab Differenzen und es gab Auseinandersetzungen über dieses und jenes; über die Ausarbeitung eines Programms im allgemeinen und die Stellungnahme zur Staatsform im besonderen. Aber daß man über diese Dinge in aller Öffentlichkeit diskutieren konnte, daß man vor der Austragung der Meinungsverschiedenheiten nicht zurückschreckte, das war eben das Befriedigende. Es bewies, daß Leben in der jungen Partei ist. Daß sich hier nicht eine Gemeinde zusammengefunden hat, die, eigenen Denkens ungewohnt und unfähig, auf die Worte der sogenannten Führer schwört. Daß vielmehr bei aller Harmonie in den Grundgedanken, wie sie sich in der einmütigen Zustimmung zu den Barth'schen Thesen zeigte, über die Mittel und Wege der Propaganda sowohl wie über einzelne Konsequenzen, die sich aus den Fundamentalforderungen ergeben können, selbständige Ansichten vorhanden sind und vertreten werden. Mancherlei mag sich ja da im Laufe der Zeit noch ausgleichen, hoffentlich aber wird die Demokratische Vereinigung nie in die traurige Lage gewisser anderer Parteien kommen, über deren meist hinter verschlossenen Türen abgehaltene Konferenzen und Kongresse nichts anderes bekannt wird, als daß die Erörterungen die absolute Übereinstimmung sämtlicher Mitglieder in allen Fragen ergeben haben.

Die Wackern, die in der Presse von tiefgehenden Divergenzen fabeln, die verwunderte Bemerkungen über die Geschäftsordnungs-

diskussionen auf dem Parteitag machen, sollten aber auch eins nicht vergessen. Die Demokratische Vereinigung ist noch nicht ein Jahr alt. Sie setzt sich zusammen aus den verschiedenartigsten Elementen. Da sind frühere Mitglieder der Freisinnigen Volkspartei und solche der Freisinnigen Vereinigung, ehemalige Angehörige der süddeutschen Demokratie und der Sozialdemokratie, Leute die zeitweilig in einer Art von Anarchosozialismus das Heil erblickten und eine große Schar von solchen, die indifferent und verärgert beiseite standen. Die nach so kurzer Zeit gemeinsamer Arbeit vor aller Öffentlichkeit sich aussprechen zu lassen, war in gewissem Sinne ein Wagestück. Daß es gelungen ist, gereicht allen Mitgliedern der Demokratischen Vereinigung in gleichem Maße zur Ehre und verbürgt der Bewegung den weiteren Fortschritt.

Die Gegner streiten ihr zwar die Zukunft ab, und einige von ihnen spotten gar, daß sie es bislang trotz eifriger Agitation nur auf 5063 Mitglieder gebracht habe. Unter denen, die so großspurig tun, befinden sich auch ehemalige Nationalsoziale, und die könnten doch wissen, daß die Nationalsozialen trotz einer womöglich noch rührigeren Arbeit diese Ziffer nie erreicht haben, und daß die Freisinnige Vereinigung sie jedenfalls nicht mehr beträchtlich übersteigt. Heute fünftausend in einem Jahre zu organisieren ist und bleibt eine politische Leistung. Allerdings stützt sich die Demokratische Vereinigung zurzeit in der Hauptsache noch auf Groß-Berlin, aber deshalb ist es doch keine Berliner Partei. Sie ist von der Hauptstadt ausgegangen, weil hier, wo man in mehr als einer Beziehung die Politik des Freisinns aus nächster Nähe kennengelernt hat, die Abneigung gegen die liberalen Gruppen am größten ist, und weil hier die ganze soziale und geistige Struktur der Bevölkerung den demokratischen Ideen am günstigsten ist. Aber es ist nicht so, als ob wir in der Provinz nicht Boden zu fassen vermöchten. Im Westen vor allem, in Rheinland und Westfalen geht's, wie auch die auf dem Parteitag erstatteten Berichte bewiesen, sehr gut vorwärts. Die Herren von der „Hilfe“ und der „Liberalen Korrespondenz“ mögen doch einmal bei ihren dortigen Freunden nachfragen. Daß die Demokratische Vereinigung in vorwiegend ländlichen Bezirken noch wenig bedeutet — wundert das? Hat denn da der Freisinn vielleicht etwas zu sagen? Gewiß, wenn er wie Herr Krell die Brotzölle verteidigt. (Nebenbei eine Frage im Vertrauen: Wieviele von den freisinnigen Agitatoren und Kandidaten bekennen sich unter den Bauern als Freihändler?)

Oder auch wenn er bei Sottentottenwahlen von den Konservativen als Sturmbock gegen die Sozialdemokraten benutzt wird. Dann kann er Stimmen erhalten, vielleicht sogar gewählt werden. Aber für den, der sich an sein Programm hält, ist's auf dem Lande beinahe ebenso schwer als wenn er Demokrat oder Sozialdemokrat wäre. Ich weiß ein Liedchen davon zu singen, denn ich war liberaler Kandidat, als in einer hinterpommerschen Stadt von etwa 30000 Einwohnern kaum ein viertel Duzend den Mut hatte, in Versammlungen am Vorstandstische mit Platz zu nehmen und in einem Orte von 8000 Seelen niemand wagte, sich am hellen Tage mit mir auf der Straße zu zeigen.

Die Demokratische Vereinigung ist in der Tat eine Partei, in der zunächst Arbeiter, Angestellte und die Angehörigen der freien Berufe ihre Vertretung erblicken können. Wir hoffen, daß auch einmal der Tag kommt, wo der deutsche Bauer sich von der Vormundschaft des konservativen Großgrundbesizers befreit, aber wir werden uns nicht bemühen, die Wartezeit durch eine Einschränkung oder Verschleierung unserer Forderungen abzukürzen. Denn so wertvoll ein Mandat zum Parlamente sein mag, gerade uns ist es nicht alles, und zunächst geht es uns darum, denjenigen eine Sammelstätte und einen parteipolitischen Rückhalt zu geben, die schon heute die Demokratie und den rücksichtslosen Kampf gegen den Privilegienstaat wollen.

Wären alle bei ihr, die an der Erreichung dieses Zieles interessiert sind, auch nur die, die ihren Anschluß an die Sozialdemokratie nicht vollzogen haben, so wäre die Demokratische Vereinigung heute schon eine starke Partei. Jetzt ist es natürlich eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Schwankenden und Zweifelnden, die ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage nach zu ihr gehören, aufzuklären, und dabei wird das Programm, zu dessen Ausarbeitung eine Kommission eingesetzt ist, gute Dienste tun. Zwar ist der Name allein Programm, und in Ländern mit stärkerem politischen Verständnis bei den Massen könnten die Demokraten auf die schriftliche Formulierung ihrer einzelnen Postulate verzichten. In Deutschland tut man jedoch gut daran, seine Stellung zu den Problemen, die der Tag und die nächste Zukunft bringen, festzulegen. Darin, daß man sich dabei nicht in Einzelheiten verlieren soll, daß man Dinge beiseite zu lassen hat, die wie die Staatsform auch in einer konsequenten Demokratie so oder so behandelt werden können und zudem aller Wahrscheinlichkeit nach in den Jahren, für die ein Programm reichen soll, nicht aktuell werden — darin stimmte die große Mehrheit der Delegierten überein. Allerdings haben

auch daran, daß man zu der Frage Republik oder Monarchie nicht klipp und klar Stellung genommen habe, freisinnige und auch einige sozialdemokratische Blätter ihren Wis geübt. Mögen sie immerhin. Wir glauben, daß Republikaner wie Monarchisten in der Demokratischen Partei zusammen arbeiten können, vorausgesetzt, daß es den Monarchisten nur darum zu tun ist, den Souverän auf die Sphäre zu beschränken, die ihm in einem demokratischen Staatswesen gesteckt ist. Die Stellung zur Staatsreform kann dann mindestens ebenfugut Privatfache sein, wie die zur Religion. —

Und nun an die Arbeit! Es ist nicht so, daß nur der Bloß uns unsere Existenzberechtigung gäbe. Der Bloß ist ein Symptom. Weiter nichts. Irgend jemand schreibt zwar in der „Hilfe“, daß Barth und ich uns bemüht hätten, diejenigen zu beruhigen, die sich mit Sorge die Frage vorlegten, was werden solle, wenn der Bloß sterbe. Derartiger Beruhigungen bedürfen wenigstens die Anhänger der Demokratischen Vereinigung nicht. Sie kämpfen für die Demokratisierung, ob der Bloß nun lebt oder stirbt. Sie fürchten nur daß im einen wie im anderen Falle die heutigen Freisinnigen nicht an ihrer Seite stehen werden, weil ihre materiellen Interessen das nicht zulassen, und diese Besorgnisse vermögen auch gelegentliche Fanfaren einzelner um so weniger zu zerstreuen, als bisher noch immer die Chamaden gar bald gefolgt sind.

---

## Die Aufgaben der Demokratischen Vereinigung.

Dr. Barth, Zentralvorstand: (Mit stürmischen Beifallskundgebungen empfangen.) Meine geehrten Damen und Herren! Sie wissen, daß, als die Demokratische Vereinigung vor etwa einem Jahre ins Leben trat, alle diejenigen, die von ihrer Konkurrenz etwas zu fürchten hatten, die Meinung aufstellten, daß es sich hier um einen Akt parteipolitischer Willkür gehandelt hätte. Inzwischen haben die Ereignisse, die in dem ersten Jahre nach unserer Gründung sich auf dem Gebiete der deutschen Politik vollzogen, jeden Zweifel darüber behoben, daß die Gründung der Demokratischen Vereinigung ein Gebot politischer Notwendigkeit war. Dieses Gebot politischer Notwendigkeit trat in demselben Moment an uns heran, als sich immer klarer herausstellte, daß diejenigen Parteien, die bis dahin den Anspruch erhoben hatten, bürgerlich-demokratische Politik in Deutschland zu treiben und die sich in der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft zusammengefunden hatten, dadurch, daß sie sich in den Block verstricken ließen, das Ziel der Demokratisierung Deutschlands unter Verzicht auf einen ernsthaften Kampf gegen die reaktionären Parteien aus den Augen verloren hatten.

Die Freisinnigen haben zwar vom Beginn der Blockpolitik an nicht aufgehört zu versichern, daß die konservativ-liberale Paarung keine dauernde, sondern nur eine flüchtige Verbindung bedeute, daß darin kein Verzicht auf die Geltendmachung irgendeines liberalen Grundsatzes liege, und daß die Zugehörigkeit zum Block die freisinnige Fraktionsgemeinschaft nicht hindern werde, ihre allgemeine Politik auf Kampf gegen die Konservativen zu stellen. Doch das alles hat sich längst als eine Selbsttäuschung erwiesen. (Sehr richtig.)



Es kommt in der praktischen Politik immer von Zeit zu Zeit vor, daß man mit gegnerischen Parteien bei einem bestimmten gesetzgeberischen Anlaß zusammen stimmt. Um ein solches gelegentliches Zusammenstimmen zwischen Freisinnigen und Konservativen herbeizuführen, dazu bedurfte es keiner Blockbildung. Der Bülow'sche Block wollte etwas durchaus anderes. Er wollte die gesamte Reichspolitik auf einer politischen Zusammenarbeit zwischen Liberalen und Konservativen aufbauen. Das setzte voraus, daß die inneren Gegensätze zwischen der liberalen und der konservativen Weltanschauung überbrückt, oder wenigstens zeitweilig ignoriert werden sollten, um trotz des Widerstreites der politischen Grundsätze ein gesetzgeberisches Zusammenwirken zu ermöglichen. Mit anderen Worten, der Block war von vornherein als ein Gebilde politischer Unehrlichkeit gedacht. Qui trompe t-on ici? (Wer soll übers Ohr gehauen werden?), das war die Frage, die den Bülow'schen Block vom ersten Tage seiner Existenz an begleitet hat. (Heiterkeit.) Selbst wenn es dem Freisinn gelungen wäre, bei diesem Kompagniegeschäft dem konservativen Teilhaber einige Zugeständnisse abzuwingen, so bedeutete das verzweifelt wenig gegenüber der Schädigung der demokratischen Bewegung, die daraus erwachsen mußte, daß die Träger des entschiedenen Liberalismus sich in der politischen Arena Arm in Arm mit jenen Reaktionären zeigten, deren Bekämpfung bis dahin als das A und O in den Bestrebungen wenigstens des entschiedenen Liberalismus gegolten hatte. (Sehr richtig.) Es ergab sich aber außerdem alsbald, was Einsichtige von vorne herein vorausgesehen hatten, daß die konservativ-liberale Paarung den Konservativen eine willkommene Gelegenheit bot, ihre eigene politische Machtstellung zu befestigen und den Liberalismus dadurch empfindlich zu schwächen, daß sie ihn zum dienenden Gliede des Blocks machte und so vor seinen eigenen Anhängern diskreditierte. Daß die Konservativen die politische Nutznießung des Blocks haben würden, war von dem Augenblicke an klar, da sich herausstellte, daß der Vater der Paarungsidee, Fürst Bülow, der leitende Staatsmann im Reich wie in Preußen, weder den Willen noch die Macht besaß, die Konservativen zu ernsthaften Konzessionen an den Liberalismus zu bewegen oder gar zu zwingen. Fürst Bülow hat niemals Anlaß zu dem Glauben gegeben, er werde irgend etwas tun, was wie eine politische Machtverschiebung zu Gunsten des Liberalismus aussehe könnte. Er hat vielmehr fortgesetzt sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung sich als Patron der Konservativen geriert.

Selbst da, wo, wie z. B. auf dem Gebiet des Bildungswesens, Konservative und Zentrum eine gemeinsame illiberale Politik betreiben, hat er niemals zu Gunsten des Liberalismus interveniert. So diente die Blockpolitik tatsächlich dazu, die Herrschaft der Konservativen einmal dadurch zu befestigen, daß aller Welt klar gemacht wurde, wie ohnmächtig die Regierung im Reich und in Preußen gegenüber dem agrarisch-konservativ-kerikalen Junkertum sei, und ferner, daß der Liberalismus als kämpfende Oppositionspartei sich selbst mehr und mehr ausschaltete. (Sehr richtig.)

Man kann heute sagen, daß die Blockpolitik das politische Prestige der Konservativen ganz außerordentlich gesteigert hat; während der Freisinn nicht nur an Respekt bei Freunden und Gegnern eingebüßt hat, sondern auch zu der Zweifelsfrage immer nachdrücklicher Anlaß gibt, ob er jemals wieder in eine Kampfesstellung gegen die Reaktionäre einrücken wird. Der Verlauf der Steuerreformkampagne war ganz besonders lehrreich. Was bei dieser Reichssteuerreform schließlich Positives herauskommen wird, ist noch nicht zu übersehen. Sicher ist nur, daß diese angeblich große Reform in jedem Falle ein kümmerliches Nachwerk sein wird, ähnlich demjenigen der „großen“ Finanzreform von 1906, die seinerzeit mit dem gleichen nationalen Koribantenlärm begrüßt wurde, wie diese neueste Steuerreform. Soweit man bei dieser jetzigen Reform überhaupt von finanzpolitischen Ideen reden kann, sind es dieselben, die der Finanzreform von 1906 dem konservativ-kerikal-nationalliberalen Werk zu Grunde lagen. Von rechtswegen hätten denn auch bei dem Sydowschen Sanierungsplan Konservative und Zentrum Paten stehen sollen, während für den Freisinn, diesem Sydowschen Reformplan gegenüber, dieselbe oppositionelle Reserve geboten schien, wie bei dem Stengelschen Entwurf von 1906. Fühlte man sich aber durch die Blockzugehörigkeit verpflichtet, positive Mitarbeit zu leisten, so wäre nichts natürlicher gewesen, als dieses Entgegenkommen an die Bedingung liberaler Zugeständnisse zu knüpfen. (Sehr richtig.) Solche Zugeständnisse waren auf dem Gebiete des Ausbaues unseres Konstitutionalismus und einer demokratischen Wahlreform in Preußen zu suchen. Aber weit davon entfernt, derartige Bedingungen zu stellen, verabsäumte der Freisinn sogar jede Gelegenheit, um den Konservativen auch nur im Rahmen der Regierungsvorlage eine Niederlage beizubringen. Der Freisinn ging durchaus in der Rolle des getreuen Fridolin auf. Für ihn schien es kein höheres Ziel zu geben, als den Konservativen,

sobald sie sich verlaufen hatten, einen bequemen Rückzug zu ermöglichen. Man redete sich allmählich in eine solche Begeisterung für die Nachlaßsteuer hinein, daß der Anschein erweckt wurde, alles politische Sehnen des Liberalismus sei erfüllt, wenn ihm nur diese neue Steuer beschert werde. Man manövrierte freisinnigerseits so ungeschickt, daß es heute als eine weitgehende Konzession der Konservativen, nicht etwa an die Regierung, sondern an den Liberalismus angesehen wird, wenn sie sich schließlich noch mit einer auch noch so agrarisch verballhornten Nachlaßsteuer einverstanden erklären sollten. Die konservative Opposition gegen die Nachlaßsteuer wäre für einen Freisinn, der nicht unter fixen Blockideen litt, ein ausgezeichnete Trumpf im politischen Spiel gewesen. (Sehr richtig.)

Man hatte eine vortreffliche Gelegenheit, die Konservativen zur Regierung in einen Konflikt zu bringen und dadurch die Position des Liberalismus außerordentlich zu stärken. Was aber geschah? Man vereinbarte mit den Konservativen jenes absurde Besitzsteuerkompromiß, das schon gleich nach der Geburt von allen Seiten verleugnet wurde; das aber die Konservativen aus einer peinlichen Lage befreite, und es ihnen ermöglichte, sich in der Pose der Entgegenkommenden zu zeigen. Der Freisinn hätte die Konservativen zwingen müssen, sich zu unterwerfen oder sich mit der Regierung zu überwerfen. Statt dessen befreite man ihn aus der Schlinge, in der er sich selbst gefangen hatte, schritt mit ihm zur Fixierung der indirekten Steuern und erleichterte ihnen die Geltendmachung des Branntweinliebesgabenpatriotismus. (Sehr gut.) Dieses Besitzsteuerkompromiß wird als eine der glanzvollsten Leistungen der konservativ-liberalen Paarung auf die Nachwelt kommen. Ob das neue Kompromiß, das, um den Block zu retten, an die Stelle des ersten treten soll, besser sein wird, bleibt abzuwarten. Auch hier scheint der Blockfreisinn wieder in denselben Fehler verfallen zu wollen, wie bei dem früheren Kompromiß, da er nur darauf bedacht ist, den Konservativen den Rückzug zu erleichtern, um sie dann zu völligen Herren der Situation zu machen. Dabei fehlt es auch in dem Lager der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft nicht an Stimmen, die kein weiteres Opfer bringen wollen, um den Block zu erhalten, ja die das Ende des Blocks als eine Erlösung betrachten würden. Männer wie Dohrn, Träger, Quidde und manche andere haben das nach der angeblichen Kündigung des Blocks durch den konservativen Herrn von Normann deutlich kund getan. Träger erklärte in Oschersleben: „Es

ist gut für uns, daß der Block zerbrochen ist, und wir würden sehr unklug handeln, wenn wir jemals bei der Zusammenleimung dieser unglücklichen Schöpfung uns beteiligen würden.“ (Hört, hört!) Quidde schloß in Frankfurt eine zusammenfassende Darstellung der reaktionären Leistungen und der liberalen Enttäuschungen der Blockära mit dem Ausspruch: „Wir müssen uns schämen, Mitglieder einer Mehrheit gewesen zu sein, die eine solche Politik unterstützte.“ (Hört, hört!) Aus einer ähnlichen Stimmung heraus schrieb dann Friedrich Naumann seinen Artikel im „Berliner Tageblatt“ unter der Überschrift: die Entscheidung. Der Block ist vorbei, hieß es darin, eine neue Periode beginnt. (Große Heiterkeit.) Man möge vergessen, so mahnte er, was hinter uns liege und sich nun mit vereinten Kräften der großen demokratischen Aufgabe widmen, eine Zukunftsmehrheit von Bebel bis Basser mann zu schaffen. Für uns Demokraten bedurfte es eines solchen Aufrufs nicht. (Sehr richtig.) Wir denken auch nicht daran, eine Politik unfruchtbarer Ranküne treiben zu wollen. Es gibt kein wahreres Wort als das des großen Camillo Cavour: „En politique il n'y a rien d'aussi absurde que la rancune.“ Aber etwas anderes ist es, das Vergangene zu vergessen, um die Wucht eines neuen gemeinsamen Vorstoßes zu verstärken. Etwas anderes, aus den Schwächen und Irrtümern der Vergangenheit zu lernen, um nicht in alte Fehler zurückzufallen. Naumann hat bei seinem Aufruf die Entschluß- und Haltlosigkeit des Blockfreisinn völlig verkannt. Er wähnte, die freisinnige Fraktionsgemeinschaft sei mit dem Block fertig und wolle dessen Wiederkehr nicht. Schon das traf nicht zu. (Sehr richtig.) Vor allem aber denkt die freisinnige Fraktionsgemeinschaft und insbesondere die freisinnige Volkspartei nicht im entferntesten daran, auf einen Block der Linken hinzuwirken, der auch die Sozialdemokratie mit umfassen würde. Die freisinnige Volkspartei war denn auch sofort auf dem Plane, um Naumann gründlich zu desavouieren. Die freisinnige Volkspartei, so schrieb die „Freisinnige Zeitung“, hat keine Veranlassung, ihre Haltung gegenüber der Sozialdemokratie „irgendwie zu ändern“; und Herr Wiemer bekreuzigte sich im Reichstage vor der Kezerei Naumanns. Aus diesen Vorgängen ergeben sich zwei Schlüsse. Einmal, daß der Blockfreisinn noch immer nicht mit der Blockidee fertig ist. Man kann die Erwartung nicht mehr hegen, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft aus freiem Entschluß heraus, die Blockfesseln sprengen werde. Bricht der konservativ-liberale Block zusammen, so wird der

Blockfreisinn nicht der aktive, sondern der passive Partner sein. Der zweite Schluß ist dieser: Auch wenn dereinst der Bülow'sche Block an seiner Unnatur zugrunde gegangen sein wird, so wird man dennoch in der, unter der Führung der freisinnigen Volkspartei stehenden Fraktionsgemeinschaft vergeblich nach der Erkenntnis und der Entschlußfähigkeit suchen, das einzige zu tun, was in den politischen Kämpfen gegen die reaktionäre Herrschaft Erfolg verspricht, nämlich ein Zusammenwirken mit der in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.)

Die Demokratische Vereinigung hat diesen Gedanken der Kooperation mit der Sozialdemokratie von vornherein mit aller Schärfe als Gebot politischer Notwendigkeit in den Vordergrund gestellt, während der Bülow'sche Block sich recht eigentlich gegen die Verwirklichung dieses Gedankens richtete. Die Konservativen und alle anderen Reaktionäre wissen recht gut, daß ihre Herrschaft nur solange gesichert ist, als es gelingt, das liberale Bürgertum von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft durch eine breite Kluft von alten Vorurteilen und scheinbaren Interessengegensätzen am politischen Zusammenwirken zu hindern. Für sie hat der Bülow'sche Block in erster Linie nur die Bedeutung einer Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie gehabt. Indem die Reaktionäre vorgaben, den Liberalismus gegen den Anprall der Sozialdemokratie schützen zu wollen, machte man eben diesen Liberalismus und speziell diesen Blockfreisinn tatsächlich zu einer Stütze der reaktionären Herrschaft. Eine solche Stütze wird er solange bleiben, bis er begriffen hat, daß jeder Kampf zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie die Position der Agrarier und Junker stärken muß. (Sehr richtig.) Die berüchtigte Zweifrontentheorie war in Wirklichkeit nie etwas anderes als eine Stärkung der Rechten. Die konservativ-liberale Paarung hat genau zu demselben Resultat geführt. (Sehr richtig.)

Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, daß sich immer nachdrücklicher die Frage hervorwagt: Ist es dem Blockfreisinn denn überhaupt noch Ernst mit seinen demokratischen Grundsätzen? (Nein.) Ernst in dem Sinne, daß er bereit ist, jedes gesetzlich zulässige Mittel anzuwenden, um die Junkerherrschaft in Preußen und Deutschland zu brechen? Es lohnt wahrlich nicht der Mühe, alles Sinnen und Trachten nur darauf zu richten, wie sich durch tausenderlei Zugeständnisse der Verlust eines Mandats vermeiden oder der Gewinn eines anderen ermöglichen läßt. Auch auf das krampfhafteste Bemühen, da-

durch positive Arbeit zu leisten, daß man sich an der Fertigstellung von Gesetzen beteiligt, die aus reaktionären Konzeptionen hervorgegangen sind, kann nicht dazu dienen, dem Liberalismus wieder neue Anziehungskraft zu verleihen; vielmehr ist es eine Lebensfrage des Liberalismus, daß er sich auf seine historische Mission wieder besinnt und diese Mission ist: Kampf gegen die konservativen Machthaber, die sich der Verwandlung Preußens und Deutschlands in demokratische Staatsgebilde mit der ganzen Kraft ihres politischen und wirtschaftlichen Eigennutzens widersetzen. (Stürmischer Beifall.) Indem der Bloßfreisinn mit den Konservativen zusammenwirkte, wurde er dieser Mission untreu. Man hat seit dieser Verbrüderung denn auch alle freisinnigen Versicherungen, das Agrariertum nach wie vor bekämpfen und in Preußen ein demokratisches Wahlrecht erstreiten zu wollen, nie mehr völlig ernst genommen. Wer der Demokratie in Preußen und in Deutschland eine Gasse bauen will, der darf sich nicht mit den Konservativen vertragen. (Bravo.) Er muß in unablässigem Kampfe ihre Herrschaft zu brechen suchen. (Bravo.) Zu diesem Kampfe anzufeuern, ihn ohne Pardon zu führen, das betrachtet die Demokratische Vereinigung als ihre Aufgabe. (Lebhafter Beifall.) Und weil dieser Kampf siegreich nur in Verbindung mit dem Millionenheer der Sozialdemokratie zu führen ist, so erscheint es uns als eine Schädigung der eigenen demokratischen Sache, wenn in der Bekämpfung der Sozialdemokratie irgendwelche liberalen Kräfte vertan werden. Unter der Demokratisierung unserer Staatseinrichtungen verstehen wir ferner nicht ein gelegentlich kleines Konzessionsnächchen an den Liberalismus als Ergebnis eines mehr oder weniger faulen Kompromisses, sondern eine Reform unseres Staatswesens an Haupt und Gliedern. (Lebhafter Beifall.)

Wir stecken im Reich wie in Preußen noch tief in dem Vorstellungskreise des Absolutismus. Erst vor wenigen Tagen noch hat Fürst Bülow im Reichstage laut und deutlich verkündet, daß er seine Stellung als Reichskanzler so lange bekleiden werde, wie ihn der Wille des Monarchen halte, und daß diesem kaiserlichen Willen gegenüber, der Wille der Volksvertretung nicht in Betracht komme. Gegen eine solche aus der Praxis des persönlichen Regiments hergeleitete Auffassung muß jede Demokratie unzweideutig Verwahrung einlegen. Der Reichskanzler muß dazu genötigt werden, den Willen der Volksvertretung zu respektieren, so daß er seinen Posten zu verlassen hat, wenn es ihm nicht gelingt, für seine Politik eine parlamentarische Mehrheit zu gewinnen. (Sehr richtig.)

Die Forderung nach einem parlamentarischen Regiment darf nicht verstummen. Eine wahrhaft demokratische Partei kann auf diese konstitutionelle Kardinalforderung nicht verzichten. (Sehr richtig.) Ich höre den Einwand: Ihr verlangt ein parlamentarisches Regierungssystem, angesichts der offenkundigen Tatsache, daß gerade gegenwärtig bei der Behandlung der Reichssteuerreform der Reichstag sich in seiner ganzen legislativen Unzulänglichkeit gezeigt hat. Aber gerade die jüngst gemachten Erfahrungen zeigen, wie das alte System sich abgewirtschaftet hat, und wie dringend nötig der Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem ist. Wäre dieses System bei uns bereits in Übung, so hätte die Reichssteuerreform nie den kläglichen Verlauf nehmen können, den sie tatsächlich genommen hat. (Sehr richtig.) Der leitende Staatsmann hätte keinen Reformplan vorgelegt, ohne sich einer parlamentarischen Mehrheit zu versichern, mit der er den Plan durchbringen konnte. Versagte dann diese Mehrheit, so blieb ihm nur die Wahl, zwischen der Auflösung des Reichstages und der Demission. In keinem Falle aber hätte die Regierung ein solches Bild von chronischer Haltlosigkeit und Schwäche zeigen können, wie sie es jetzt zeigt. Man hat wohl eingewandt, bei unseren verworrenen Parteiverhältnissen sei das parlamentarische Regierungssystem undurchführbar; auch auf diesen Einwurf kann man nur erwidern, sie würden weniger verworren sein, wenn wir jenes System schon hätten. Es liegt hier genau so wie bei den üblichen Einwendungen: das Volk sei noch nicht reif zur Selbstverwaltung, zum allgemeinen gleichen Wahlrecht usw. Ein Volk wird in der Politik nur reif durch Ausübung der Rechte, die man wegen angeblicher Unreife dem Volke vorenthält. Auch in Preußen und Deutschland würden sich regierungsfähige parlamentarische Mehrheiten bilden, wenn solche Mehrheiten wüßten, daß ihr Wille bei der Bildung einer Regierung ausschlaggebend sein würde. (Sehr richtig.) Daß eine solche Mehrheit unter Umständen durchaus reaktionär sein kann — unter den gegenwärtigen Umständen würden voraussichtlich Konservative und Zentrum den Kern dieser Mehrheit bilden, — kann einen Demokraten nicht bestimmen, die Forderung nach einem parlamentarischen Regierungssystem auch nur zu vertagen. Die unzweideutige Herrschaft reaktionärer parlamentarischer Parteien ist in jedem Falle besser, als eine Regierung, die zwar die Geschäfte jener Parteien führt, aber jenen Parteien die politische Verantwortung abnimmt. (Sehr richtig.)

Neben dieser konstitutionellen Reform, die zu erkämpfen eine der

wichtigsten Aufgaben der Demokratie ist, sieht es unsere Demokratische Vereinigung als den bedeutsamsten Zielpunkt ihrer Bestrebungen an, das Prinzip der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit in vollster Konsequenz zur Durchführung zu bringen. (Lebhafter Beifall.) Unser heutiges, unter der Vorherrschaft des preußischen Junkertums stehendes Staatsleben, ruht in viel höherem Grade auf Privilegien und Bevorzugungen, als auf staatsbürgerlicher Gleichheit. Wir haben bevorzugte Klassen, Geschlechter, Konfessionen, Gewerbszweige und Parteien. Unsere Wirtschaftspolitik ist ein wahrer Rattenkönig von Bevorzugungen. Unsere Verwaltung denkt nicht daran, bei der Besetzung von Ämtern und Stellen den Grundsatz staatsbürgerlicher Gleichheit in Anwendung zu bringen. Als die schlimmste Erscheinung dieser staatsbürgerlichen Ungleichheit ragt in unser modernes Leben das preußische Dreiklassenwahlssystem hinein. (Sehr richtig.) Es ist der festeste Wall des preußischen Junkerregiments. Die demokratischen Streitkräfte werden diesen Wall nicht ersteigen, ohne daß eine das ganze Volk aufwühlende Agitation vorausgegangen ist. Es wäre naiv zu glauben, daß man sich mit einer Partei, deren politische Herrschaft von dem Bestehen diesesalles abhängt, darüber verständigen könnte, wie dieser Wall abzutragen sei. Die konservativ-liberale Paarung ist deshalb auch ganz mit Recht als ein tatsächlicher Verzicht des Liberalismus auf die gründliche Beseitigung des elendesten aller Wahlsysteme angesehen worden. (Sehr richtig.)

Die Aufgaben der Demokratie liegen aber nicht nur auf dem Gebiet der inneren, sondern auch auf dem der äußeren Politik. Von jeher hat die Demokratie für eine freundschaftliche Verständigung zwischen den Völkern, insbesondere zwischen den großen Kulturvölkern gewirkt. Nie war diese Arbeit zugleich nötiger und aussichtsreicher als gegenwärtig. Ich brauche nur an das Verhältnis zwischen Deutschland und England zu erinnern. In beiden Ländern arbeiten die demokratischen Elemente nachdrücklich darauf hin, einen Zustand zu schaffen, der eine kriegerische Lösung etwaiger Differenzen ausschließt. Weshalb es nicht durchführbar sein sollte, diesem Ziel auch dadurch näher zu kommen, daß die Regierungen beider Länder sich über das Maß ihrer Flottenrüstungen freundschaftlich verständigen, wird niemand begreifen, der sich von den Vorstellungen einer zopfigen Diplomatie freigemacht hat. Hier die öffentliche Meinung fortgesetzt zu beeinflussen, um endlich dem Kulturziel einer wenigstens partiellen Abrüstung näher zu kommen, betrachtet unsere Demokratische Vereinigung ebenfalls



als eine ihrer dankbarsten Aufgaben. (Lebhafter Beifall.) Auch eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland über das Maß der Rüstungen zu Lande erscheint bei den heutigen Dispositionen beider Völker durchaus nicht als etwas Utopisches. (Sehr richtig.) Sind doch etwaige Rüstungseinschränkungen das einzige wirksame Mittel, um die Staatsfinanzen der beteiligten Länder gründlich und dauernd zu sanieren. (Beifall.)

Sie sehen, wie groß und bedeutsam die Aufgaben einer politischen Partei sind, die wie die unsrige, bereit ist, aus ihren demokratischen Grundsätzen jede Konsequenz zu ziehen. Wir wissen, daß auch die geringeren dieser demokratischen Ziele nur im unablässigen und zähen Kampfe gegen die konservativen Elemente, die Preußen wie das Reich beherrschen, erreichbar sind. Die Zahl unserer organisierten Anhänger ist verhältnismäßig noch klein; wir müssen sie fortgesetzt zu vermehren suchen, und was uns an Zahl fehlt, durch Rührigkeit und Energie ersetzen. Man hat wohl gefragt, wo sind denn die großen Volksschichten, auf die ihr euch stützen wollt, deren Interessen von euch politisch wahrgenommen werden sollen? Darauf möchte ich dieses antworten: Die Demokratie, indem sie die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit zur Tat und Wahrheit machen will, ist die natürliche Schützerin und Vertreterin aller, die unter der mangelnden Rechtsgleichheit leiden. (Lebhafter Beifall.) Arbeiter und Angestellte, deren Persönlichkeitsrechte von ihren Brotgebern geschmälert, deren Koalitionsrechte verletzt, deren freie politische Selbstbestimmung nicht anerkannt wird, Gewerbetreibende, deren wirtschaftliche Interessen privilegierten Produktionszweigen zuliebe geschädigt werden, Frauen, die bisher für die Erlangung voller staatsbürgerlicher Rechte vergeblich gekämpft haben, Beamte, deren freie Überzeugung geknebelt wird, diese und alle jene zahlreichen Elemente in der Bevölkerung, die durch die Rechtsgleichheit erst staatsbürgerliche Persönlichkeiten werden, sie alle bilden den Rekrutierungskörper einer demokratischen Armee. (Lebhafter Beifall.) In der Sozialdemokratie ist bereits eine große demokratische Armee organisiert. Demokratische Fortschritte kann man nicht gegen sie, sondern nur mit ihr machen. (Stürmischer Beifall.)

Im übrigen, so bedeutsam in den politischen Kämpfen unsrer Zeit die Masse ist, nicht minder bedeutsam ist die öffentliche Meinung, das politische Gewissen eines Landes. Wer diese auf seine Seite zu bringen weiß, hat schon den halben Sieg erfochten. Es ist eine Aufgabe der Agitation in Wort und Schrift, diese öffentliche Meinung

von der Bedeutung der demokratischen Probleme zu überzeugen, und ferner die Überzeugung zu wecken, daß sowohl für das innere Glück ihrer Bürger, wie für die äußere Macht ihres Staates die Demokratisierung der Staatseinrichtungen unerlässlich ist. (Lebhafter Beifall.)

Nur durch die Demokratie kann die Reaktion, kann Agrarierthum und Junkertum überwunden werden. Deswegen: Kampf für die Demokratie bedeutet in letzter Linie Kampf gegen die Junkerherrschaft, Kampf gegen den Privilegienstaat und für den Aufbau eines modernen Kulturstaates von höherer Sittlichkeit auf den Trümmern eines Staates, der von Privilegien und Bevorzugungen starrt. Wenn es uns gelingt, in diesem Kampfe auch nur einen beträchtlichen Schritt vorwärts zu machen, so haben wir uns patriotisch bereits verdient gemacht; denn es gibt nichts patriotischeres, als sich an den Bestrebungen für die Demokratisierung Deutschlands und Preußens kämpfend zu beteiligen. (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Ich habe das, was in meinen Ausführungen in grundsätzlicher Weise zusammengefaßt ist, noch einmal in einigen Leitsätzen niedergelegt. Ich stelle Ihrer Erwägung anheim, ob sie diese Leitsätze als bloße Unterlage für die Diskussion behandeln oder als Resolution annehmen wollen. Ich formuliere meine Leitsätze folgendermaßen:

„Das Ziel aller Bestrebungen der Demokratischen Vereinigung ist die konsequente Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde.

Diese Demokratisierung erfordert vor allem die Durchführung des Prinzips der vollsten staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit gegenüber dem System der Bevorzugungen, wie es allenthalben in Deutschland, besonders in Preußen in Übung ist und in dem elendesten aller Wahlsysteme seinen reaktionärsten Ausdruck gefunden hat; ferner gegenüber den Ausflüssen des persönlichen Regiments die Durchführung einer Regierung, bei der der Volkswille in letzter Linie entscheidend ist (parlamentarische Regierung), sowie die Verwirklichung der Grundsätze einer aufrichtigen Selbstverwaltung.

Im Verkehr mit andern Völkern verfolgt die Demokratische Vereinigung das Ziel der Regelung aller entstehenden Differenzen auf scheidsrichterlichem Wege und die internationale Verständigung über das Maß der Rüstungen zu Wasser und zu Lande.

In allen sozialen Fragen vertritt die Demokratische Vereinigung den Schutz der Persönlichkeit gegenüber allen Vergewaltigungen der politischen und wirtschaftlichen Machthaber.

Keines dieser demokratischen Ziele wird sich ohne rücksichtslosen Kampf gegen die Träger und Nutznießer unseres Privilegienstaats: Junker, Agrarier, Konservative, Schlot- und Grubenbarone erreichen lassen und nur im Zusammenwirken mit den breiten Massen der Arbeiter, insbesondere auch mit der in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiterschaft.

Deshalb kein Block und keine Verständigung mit irgendeiner reaktionären Partei, sondern rücksichtsloser und unablässiger Kampf gegen alle politischen Träger und Begünstiger einer agrarischen wie industriellen Feudalherrschaft." (Stürmischer Beifall.)

---

Verlag der Wochenschrift „Das Blaubuch“ G. m. b. H., Berlin W 30.

# Das Blaubuch

## Wochenschrift für öffentliches Leben, Literatur und Kunst.

Begründet von dem bekannten Bremer Sozialethiker

**Albert Kalthoff.**

Unter Mitwirkung von Theodor Barth, H. v. Gerlach,  
Rudolf Breitscheid, Heinz Potthoff, Ludwig Gurlitt,  
Friedrich Steudel, Friedrich Lipfius, Ellen Key und  
vielen anderen

Herausgegeben von

**Heinrich Ilgenstein.**

IV. Jahrgang

Eine vornehm-freie und unabhängige moderne Revue.

Bedeutende Mitarbeiter.

— Erscheint alle 8 Tage. —

Bezugspreis vierteljährlich M. 3.50. Ausland M. 4.50.

Einzelne Hefte 30 Pf.

Für Mitglieder der „Demokratischen Vereinigung“

Vorzugspreis M. 2.— pro Vierteljahr.